

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung

– Drucksache 17/1294 –

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Wirtschaftsplans des ERP-Sondervermögens für das Jahr 2010 (ERP-Wirtschaftsplangesetz 2010)

A. Problem

Förderung der deutschen Wirtschaft durch Bereitstellung von Mitteln aus dem ERP-Sondervermögen in Höhe von 533 Mio. Euro für die im Wirtschaftsplan genannten Förderzwecke sowie die damit verbundenen Kosten. Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft (insbesondere des Mittelstandes) und Angehörige freier Berufe sollen im Rahmen der veranschlagten Mittel zinsgünstige Darlehen und Beteiligungskapital in einem Volumen von rund 4,5 Mrd. Euro erhalten.

B. Lösung

Annahme des Gesetzentwurfs mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand

Vergleiche Abschnitt B.

2. Vollzugaufwand

Der ERP-Wirtschaftsplan wird von Förderinstituten, im Wesentlichen von der Kreditanstalt für Wiederaufbau und Hausbanken durchgeführt. Der Bund trägt die Personal- und Sachkosten, die unmittelbar bei ihm für die Verwaltung des Vermögens entstehen. Für die Verwaltung ist das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie zuständig.

E. Sonstige Kosten

Bei der Förderung entstehen den Begünstigten keine zusätzlichen Kosten, sie werden vielmehr von Finanzierungskosten entlastet. Die Kosten, die den Förderinstituten und den Hausbanken mit der Gewährung der Darlehen entstehen, werden vom ERP-Sondervermögen gedeckt. Mögliche Auswirkungen auf Einzelpreise können nicht eingeschätzt werden. Unmittelbare Auswirkungen auf das allgemeine Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind aber nicht zu erwarten.

F. Bürokratiekosten.

Es werden weder neue Informationspflichten für Unternehmen noch für die Verwaltung eingeführt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Gesetzentwurf auf Drucksache 17/1294 unverändert anzunehmen.

Berlin, den 5. Mai 2010

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Eduard Oswald
Vorsitzender

Dieter Jasper
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Dieter Jasper

I. Überweisung

Der Gesetzentwurf auf **Drucksache 17/1294** wurde in der 37. Sitzung des Deutschen Bundestages am 22. April 2010 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt des Gesetzentwurfs

Von den 533 Mio. Euro des Wirtschaftsplans entfallen 367,4 Mio. Euro auf Investitionen, 6,2 Mio. Euro auf Zuweisungen und Zuschüsse und 0,16 Mio. Euro auf sonstige Ausgaben. Die Einnahmen teilen sich auf in 451,6 Mio. Euro aus Vermögenserträgen und -entnahmen sowie 81,9 Mio. Euro aus Zinsen, Tilgungen und Rückflüssen.

Aus ERP-Mitteln wird die Zinsbegünstigung von Darlehen und Beteiligungskapital für Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, vor allem des Mittelstands, sowie für Freiberufler mit einem Volumen von rund 4,5 Mrd. Euro finanziert. Davon entfallen 2,2 Mrd. Euro auf Investitionen in die Umwelt und die Energieeinsparung, 1,1 Mrd. Euro auf Innovationsförderung, 250 Mio. Euro auf Existenzgründungen und Wachstumsfinanzierungen, 350 Mio. Euro auf Vorhaben in regionalen Fördergebieten, 250 Mio. Euro auf mittelständische Bürgschaftsbanken sowie auf die Refinanzierung privater Kapitalbeteiligungsgesellschaften und Beteiligungsfonds und schließlich 350 Mio. Euro auf die Exportfinanzierung. Der ERP-Wirtschaftsplan wird im Wesentlichen von der KfW Bankengruppe sowie den Hausbanken der geförderten Unternehmen umgesetzt. Außerdem sind Mittel für die Gewährung von Stipendien und für die Förderung transatlantischer Beziehungen vorgesehen.

Berlin, den 5. Mai 2010

Dieter Jasper
Berichtersteller

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 17/1294 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Gesetzentwurf in seiner 13. Sitzung am 5. Mai 2010 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD beschlossen, die Annahme des Gesetzentwurfs zu empfehlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Gesetzentwurf in seiner 19. Sitzung am 5. Mai 2010 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Annahme des Gesetzentwurfs zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Gesetzentwurf in seiner 10. Sitzung am 5. Mai 2010 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD beschlossen, die Annahme des Gesetzentwurfs zu empfehlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage auf Drucksache 17/1294 in seiner 11. Sitzung am 5. Mai 2010 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD beschlossen, dem Deutschen Bundestag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs auf Drucksache 17/1294 zu empfehlen.